

AKTUELL

JUGENDPARLAMENT

Demokratie erleben

David Angel

Der Präsident des Jugendparlaments ist über Nacht von seiner Funktion entbunden worden. Die Gründe dafür, wie auch die Vorgehensweise bei diesem Schritt, sagen wahrscheinlich mehr über parlamentarische Demokratie aus, als den Verantwortlichen lieb ist.

Die Nachricht, dass Patrick Weymerskirch, Präsident des Jugendparlaments, abgesetzt wurde, sorgte in der vergangenen Woche für reichlich Diskussion. In einem Presseschreiben vom 11. Mai hatte die CGJL mitgeteilt, Weymerskirch habe in den vergangenen zwei Jahren in seiner Funktion als Präsident wiederholt gegen diverse Regeln des Jugendparlaments verstoßen; aus diesem Grunde werde ihm die Mitgliedschaft im Parlament entzogen. Gegenüber RTL erklärte der nunmehr ehemalige Parlamentspräsident am Tag darauf, er habe erst durch die Presse von seiner Absetzung erfahren. Gegen welche Spielregeln er verstoßen habe, sei ihm nicht bekannt, man habe weder den Kontakt zu ihm gesucht noch ihm die Möglichkeit gegeben, seinen Standpunkt darzulegen, erklärte ein etwas überrumpelt wirkender Patrick Weymerskirch.

„Als Träger des Projekts hat die CGJL eine gewisse pädagogische Verantwortung dafür, dass das Projekt so läuft, wie es vorgesehen ist. Wenn die Dinge wiederholt nicht so laufen, wie sie laufen sollten, kann man noch versuchen, das auf pädagogische Art und Weise geradezubiegen. Irgendwann kommt aber der Punkt, an dem man sagen muss: Jetzt reicht's!“ Maurice Losch lässt Weymerskirchs Einrede nicht gelten: „Wir haben wiederholt das Gespräch mit dem Betroffenen gesucht und ihn auf diverse Regelverstöße aufmerksam gemacht. Wenn diese Gespräche aber während zwei Jahren ignoriert werden, muss man irgendwann in die nächste Phase gehen.“ Was genau Patrick Weymerskirch vorgeworfen wird, will Losch nicht sagen. „Wir haben uns bisher nicht zu den konkreten Vorwürfen geäußert, um die betroffene Person zu schützen.“

Aus gut informierten Kreisen heißt es allerdings, Weymerskirch, Mitglied der Jeunes socialistes (JS), habe seine Position als Präsident des Jugendparlaments wiederholt dazu genutzt, seine eigenen Positionen,

beziehungsweise die seiner Organisation, nach außen zu tragen. Er sei öfters auf RTL zu sehen und zu hören gewesen und habe dabei jedes Mal seine eigene Meinung statt die des Jugendparlaments vorgetragen. Wiederholt sei das Parlament nicht einmal darüber informiert gewesen, dass er ein Interview zu geben beabsichtige. Der Rücktritt sei ihm schon vor einem Jahr nahegelegt worden. Auch soll Weymerskirch schon 2011 aus dem „Aktionskomitee Reform 2011“, das zum Thema Schulreform arbeitete, ausgeschlossen worden sein, weil er in diversen Medien seine eigene Position statt die des Aktionskomitees vertreten habe.

Auftritt bei Wahlkampfveranstaltung

Der Tropfen, der das Fass schließlich zum Überlaufen gebracht habe, sei ein Auftritt Weymerskirchs als Moderator bei einer LSAP-Wahlkampfveranstaltung am 6. Mai in Sandweiler gewesen. Das „Règlement interne“ des Jugendparlaments verbietet es den Mitgliedern des Exekutivbüros, ohne Zustimmung des Büros Stellung zu politischen oder das Parlament betreffende Themen zu nehmen. Auch Aussagen in der Presse im Namen einer anderen politischen Organisation sind laut „Règlement“ verboten.

Doch auch das Vorgehen der CGJL ist zumindest kritikwürdig. So sieht das „Règlement interne“ vor, dass nur ein Drittel der Mitglieder des Parlaments oder die Mehrheit der Mitglieder des Exekutivbüros die Amtsenthebung eines Büro-Mitglieds vorschlagen kann. Beschlossen werden kann eine solche Maßnahme dann nur durch eine Zwei-Drittel-Mehrheit des Parlaments. Die CGJL soll bei Entscheidungen eine lediglich beratende Funktion einnehmen. „Das ist ein Prozess, der vom Parlament hätte ausgehen müssen“ erklärt Maurice Losch. „Das ist aber nicht passiert, und irgendwann sahen wir uns einfach gezwungen, zu handeln. Das Jugendparlament ist ein pädagogisches Projekt der CGJL und keine eigenständige Organisation.“

Laut Eigendarstellung ist eines der Ziele des Jugendparlaments, jugendliche Demokratie erleben zu lassen.

SHORT NEWS

Fortschritt oder Täuschungsmanöver?

(da) - Der Druck der Straße scheint (vorerst) Wirkung gezeigt zu haben: Claude Meisch hat einige Veränderungen am Gesetzesprojekt 6670 angekündigt. Bleibt der Basisbetrag der „Bourse“ mit 2.000 Euro pro Jahr unverändert, so soll die „Bourse sociale“, also der Teil, der an das Einkommen des Haushalts gekoppelt ist, um 500 Euro auf maximal 3.000 Euro jährlich ansteigen. Die Kriterien für die Vergabe dieses Teils der Beihilfen sollen überdacht werden. Außerdem soll eine sogenannte „Bourse de famille“ eingeführt werden, durch die Studierenden, die Geschwister haben, die ebenfalls studieren, 500 Euro zusätzlich im Jahr zustehen. Für Kinder aus einkommensstärkeren Familien soll es zudem die Möglichkeit geben, einen weiteren „Prêt“ in Höhe der „Bourse sociale“ (3.000 Euro im Jahr) zu beantragen. Während die JDL die Änderungen umgehend begrüßte, interpretierte die Acel die Veränderungen als Resultat eines konstruktiven Dialogs. Das Aktionskomitee 6670 bezeichnete die angekündigten Veränderungen als Versuch Meischs, „den Protest mundtot zu machen“ und die Öffentlichkeit kurz vor den Europawahlen „auf die falsche Spur zu locken“. Das Komitee hat am Donnerstag ein 42-seitiges Positionspapier vorgestellt, in dem es sowohl eine fundierte Analyse des Gesetzesprojekts, als auch konkrete Verbesserungsvorschläge anbietet.

Hit-parade carcéral

(da) - Presque un tiers (28 %) des hommes détenus au Luxembourg le sont pour des infractions liées aux stupéfiants, ce qui en fait la première cause d'incarcération dans cette catégorie. C'est ce que révèle la réponse du ministre de la Justice Felix Braz à une question parlementaire du député déi Lénk Justin Turpel sur la composition de la population carcérale par rapport aux types de condamnations. Chez les femmes, seules 17 % sont incarcérées pour des faits liés aux produits stupéfiants, les homicides et tentatives d'homicide volontaires étant en première place (28 %). La deuxième place chez les hommes est prise par les vols (16 %), la troisième les homicides et tentatives d'homicide volontaires (14 %). Les vols avec violence arrivent en quatrième position (11 %). Chez les femmes, la deuxième place est occupée par les infractions économiques et financières (22 %), la troisième partagée entre les infractions liées aux stupéfiants et les vols sans violence (17 %). Ce que cette réponse n'éclaircit pas : la part qu'occupent les délits commis afin de se procurer de la drogue dans les infractions officiellement non liées aux stupéfiants, notamment les vols et vols avec violence qui, ensemble, arrivent à 27 % des infractions chez les hommes et à 23 % chez les femmes.

Ein Referendum für eine dreispurige Autobahn

(rg) - „D'Politik ass fir den Tram. Awer den Tram huet eng grouss Majoritéit an der Bevölkerung géint sech! Beispill de Referendum zu Aachen.“ Mit diesem Statement will die Asbl „Innovatioun effentlechen Transport 2015“ die hiesige Politik unter Druck setzen, das Projekt Luxtram abzublasen. Die Asbl unterstützt die Petition „Géint den Tram a fir d'Ofhale vun engem Referendum“, die am Dienstag, den 27. Mai öffentlich in der Chamber diskutiert wird. Die Petition verlangt pikanterweise einen dreispurigen Ausbau der Autobahn nach Frankreich ... und eine Vignette für AusländerInnen. In Aachen erlitt das Vorhaben „Campusbahn“ einen Todesstoß, da zwei Drittel gegen das Projekt stimmten. „Interessanter Aspekt: Der Bau der Bahn war im Stadtrat von CDU, Grünen, SPD, Linke und UWG mit überwältigender Mehrheit verabschiedet worden“, meint dazu die Luxemburger Initiative, die sich für eine Seilbahn statt einer Trambahn stark macht. Dumm nur, dass einer der prominenten Befürworter der Aachener Tram, der Trierer Verkehrsprof Heiner Monheim war. Er wird von der Luxemburger Initiative gerne zitiert, wenn es um Seilbahnen geht, ein Gebiet auf dem er ein ausgewiesener Fachmann ist. Dumm auch, dass laut Umfragen, in Luxemburg die große Mehrheit der Bevölkerung anscheinend genauso denkt, wie die politische Mehrheit.